

# BAGP-Rundbrief 3.09

## Was sagen die Parteien zum Thema Patientenrechte und Patientenberatung?

### Die CDU/CSU

wird die unabhängige Patientenberatung stärken und die Patientenrechte in einem eigenen Patientenschutzgesetz weiterentwickeln. Sie will, dass Versicherte und Patienten bundesweit unkomplizierten Zugang zu unabhängiger Information und Beratung im Gesundheitswesen erhalten.

### Die SPD

will die bislang zersplitterten und undurchsichtigen Rechte der Patienten und Patientinnen in einem Gesetz zusammenführen, und insbesondere hinsichtlich Fehlervermeidung und Risikomanagement sowie der Regulierung bei eingetretenen Schäden stärken. Darüber hinaus sollen die unabhängigen Patientenberatungsstellen auf eine dauerhafte, sichere finanzielle Grundlage gestellt werden.

### Die FDP

begrüßt eine unabhängige Beratung der Versicherten und Patienten. Auch die Nennung eines kompetenten Ansprechpartners kann ihrer Meinung nach ein wertvoller Ratschlag für jemanden sein, den die Bewältigung der eigenen Krankheit verständlicherweise selbst genug Aufmerksamkeit und Kraft kostet. Im Hinblick auf die knappen

finanziellen Ressourcen kommt es darauf an, keine neuen bürokratischen Strukturen zu schaffen.

### Die Grünen

wollen die Finanzierung der unabhängigen Patientenberatungsstellen dauerhaft sicherstellen. Im Gemeinsamen Bundesausschuss und in den Landesausschüssen sollen die Patientenvertreterinnen und -vertreter mitbestimmen

### Die Linke

will, dass die Beteiligungsmöglichkeiten von Patientinnen- und Patientenvertretern in Gremien gestärkt werden. Sie will Ombudsstellen zur Durchsetzung der Interessen von Patientinnen und Patienten einführen und auch deren Einrichtung auf Landesebene unterstützen.

**Patientenrechte?!  
Ärztepfllichten?!**

Die Fragezeichen bei der Patientin sowie dem Arzt sind nach wie vor keine Seltenheit. Beide haben sowohl Rechte als Pflichten, über die sie informiert sein sollten. Aufgeklärt und informiert sein ist eine wichtige Grundlage für ein vertrauensvolles Arzt-Patient-Verhältnis.

Es gibt bisher kein geschriebenes Patientenrecht und auch kein Patienten-Rechte-Gesetz. Die Rechte von PatientInnen leiten sich ab aus verschiedenen Gesetzbüchern und Gesetzestexten wie dem Grundgesetz, dem BGB, Straf-Gesetzbuch, dem Krankenhausgesetz

Wegen der komplexen und teilweise widersprüchlichen Regelungen ist es für Patienten und Ärzte schwierig, sich zu orientieren. Eine Orientierung bietet auch die bestehende Rechtsprechung.

Die Ausstellung **Patientenrechte – Ärztepfllichten** ist eine gemeinsame Aktion des Gesundheitsladens München und der PatientenforscherInnen in den städtischen Kliniken.  
**Kontaktadresse:**  
Gesundheitsladen  
Waltherrstr. 16a  
80337 München

Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP)

Waltherrstr. 16a  
80337 München

TELEFON  
089 / 76 75 51 31

FAX  
089 / 725 04 74

web: [www.bagp.de](http://www.bagp.de)  
mail: [mail@bagp.de](mailto:mail@bagp.de)

### Sprechzeiten:

Di - Do 13 - 14 Uhr  
und AB



**B  
A  
G  
P  
Kurzprofil**

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.



men dürfen, was bei Beratungen auf der Tagesordnung steht. In Fragen der Geschäfts- und Verfahrensordnung des jeweiligen Gremiums sollen sie ein volles Stimmrecht erhalten.

Darüber hinaus soll die Position der Patienten durch ein Patientenrechtegesetz, das die bestehenden Regelungen systematisch und übersichtlich zusammenfasst und weiterentwickelt, gestärkt werden. PatientInnen sollen zu den Taktgebern im Gesundheitswesen werden.

### Kampagne Patienten-Rechte-Gesetz und neue Ausstellung

Die BAGP fordert ein derartiges Gesetz und sammelt Unterschriften. Der Druckversion dieser Ausgabe liegt eine Unterschriftenliste samt Erklärungen bei. Online kann sie unter [www.bagp.de](http://www.bagp.de) heruntergeladen werden. Die Ausstellung, aus der oben ein Ausschnitt zu sehen ist, kann im Gesundheitsladen München entliehen werden.

# Die Zukunft der Gesundheitspolitik



<b>Wie wird der Gesundheitsfonds eingeschätzt?</b>	Der Gesundheitsfonds bildet den Grundstein für ein neues, transparentes, gerechteres und nachhaltigeres Finanzierungssystem in der gesetzlichen Krankenversicherung.	Der Gesundheitsfonds ist gerade in der derzeitigen Wirtschaftskrise ein wichtiges Stabilisierungsinstrument für die gesetzliche Krankenversicherung, weil er das Risiko sinkender oder im Jahresverlauf schwankender Einnahmen von den Krankenkassen auf den Fonds überträgt.	Der Gesundheitsfonds werden. Die F... Staatsmedizin
<b>Finanzierung des Gesundheitswesens</b>	Die Union steht zur solidarischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Ausgehend vom Gesundheitsfonds lässt sich die gesetzliche Krankenversicherung zu einem tragfähigen Finanzierungssystem, auch im Hinblick auf mehr Wettbewerb, Solidarität und Generationengerechtigkeit, konsequent weiterentwickeln.	Die SPD will die Bürgerversicherung, die alle Bürgerinnen und Bürger bei der Absicherung von Gesundheit und Pflege in die Solidarität einbezieht. „Mit der Versicherungspflicht für alle haben wir wichtige Schritte zu einem solidarischen Gesundheitswesen für alle Bürgerinnen und Bürger getan.“	Das FDP-Konzept wird, einen Krankheitsfall... cherer seiner V...
<b>Kostenerstattung</b>	kann gewählt werden	nein	Standard
<b>Leistungsumfang der Gesetzlichen Krankenversicherung GKV</b>	CDU/CSU wollen den bestehenden Leistungskatalog erhalten. Angesichts des steigenden Versorgungsbedarfs braucht es dazu mehr Transparenz für die Versicherten, echten Wettbewerb um die bessere Versorgung und weniger Bürokratie im Gesundheitswesen. Ganz wichtig sind verlässliche Instrumente und Kriterien wie z.B. Kosten-Nutzen-Bewertungen, damit die Mittel zielgerichtet eingesetzt werden und alle am medizinischen Fortschritt teilhaben können.	Der Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung muss ständig überprüft und angepasst werden. Der gesetzliche Rahmen steht dabei weitgehend fest. Die Konkretisierung ist Sache der Selbstverwaltung im Gemeinsamen Bundesausschuss, der dabei durch das IQWiG (Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen) unterstützt wird. Diese Aufgabenteilung zwischen Politik und Selbstverwaltung hält die SPD für eine sehr gute Lösung.	Der Leistungsumfang... auf die Art der... worden. Gleich... wiederum ein... Möglichkeit, so... „Da ist es besse... komplexen zu... unseren europ...
<b>Zuzahlungen</b>	Keine Rücknahme von Zuzahlungen.	Keine Rücknahme von Zuzahlungen	Keine Rücknah...
<b>Aufnahme Alternativmedizin in die GKV</b>	ja	neutral	neutral
<b>Präventionsgesetz</b>	ja	ja	nein
<b>Ambulante Versorgung / Rolle der Kassenärztlichen Vereinigungen</b>	Die Union steht klar zu einem selbstverwalteten System mit freier Arzt- und Krankenhauswahl. Dies umfasst eine gute Kooperation und Abstimmung zwischen Haus- und Fachärzten in Praxis und Krankenhaus. Eine eigenständige fachärztliche Versorgung in der Praxis und die Wahrnehmung ärztlicher Aufgaben durch Ärzte und die Schaffung von Freiräumen über Delegation ist ein wichtiger Bestandteil in der ambulanten Versorgung.	„Wir haben die Tür geöffnet für Einzelverträge.“ Diese Tür will die SPD nicht wieder zuschlagen. In der Praxis wird sich zeigen, was Einzel- und Kollektivverträge jeweils leisten können. Aufgabe der Politik ist es, die Bedingungen für alle gleich und gerecht zu gestalten.	Die Kassenärztliche Vereinigung... scheidend daz... ckende Gesun... Organisatione... dieser hohe St... Wichtig ist au... profitieren.
<b>Patientenberatung/Patientenrechte (siehe hierzu den BAGP-Rundbrief Seite 10)</b>			
<b>Qualitätssicherung</b>	CDU/CSU fordern mehr Transparenz und Wettbewerb, und weniger Bürokratie im Gesundheitswesen, damit die Qualität in der Versorgung weiter steigt. Besondere Qualitätsanforderungen, genügende hausarztzentrierte Versorgung hat für sie eine hohe Priorität. Es gilt die freie Arzt- und Krankenhauswahl für die Patienten und die Therapiefreiheit für die Ärzte zu wahren.	„Neben der Verpflichtung zur internen Qualitätssicherung haben wir eine externe Qualitätssicherung eingeführt, um die Qualität auch im Vergleich mit anderen beurteilen und mögliche Qualitätsdefizite erkennen und abstellen zu können.“ Der Gemeinsame Bundesausschuss entwickelt für den ambulanten und stationären Bereich jeweils die spezifischen Qualitätsanforderungen. Die SPD will, dass in Zukunft verstärkt die Behandlungserfolge zum Maßstab der Vergütungshöhe gemacht werden.	Die Qualitätssicherung... eine Aufgabe... führen. Nur w... standards auf... Bemühungen... bildungsmaßn... der Informatio... Behandlungser... se erkannt und...
<b>Elektronische Gesundheitskarte / Datenschutz (Wahlprogramme)</b>	keine Aussage zur E-Card. Zu Datenschutz: CDU/CSU wollen einen umfassenden Datenschutz garantieren und keine unnötigen Datenmengen speichern. „Wir kämpfen gegen den ‚Gläsernen Bürger‘.“	keine Aussage zur E-Card. Zu Datenschutz: Der Datenschutz muss weiterentwickelt werden. Die SPD will überdies, dass der Einzelne sich in der digitalen Welt sicher bewegen kann und lernt, welche Folgen die freiwillige Preisgabe persönlicher Daten haben kann.	Hohe Datensicherheit... Daten schützen... ronische Gesun... werden darf, k...



# – Parteien zur Bundestagswahl 2009



<p>tsfonds muss schnellstmöglich abgeschafft DP will den weiteren Marsch in Richtung und Einheitskasse verhindern.</p>	<p>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern, den Gesundheits- fonds wieder abzuwickeln. Für seine Beibehaltung in der jetzigen Ausgestaltung gibt es keinen guten Grund. Für die Durchführung des morbiditätsorientierten Risiko- strukturausgleichs ist er nicht erforderlich.</p>	<p>Die Versicherten werden durch den Fonds zusätzlich be- lastet, die Unternehmen entlastet. Der finanzielle Druck auf Ärztinnen und Ärzte und Krankenhäuser bleibt bestehen, und damit die Unsicherheit bei den Patienten, ob sie die medizinisch notwendige Versorgung erhalten. Der Fonds ist ein geeignetes Instrument zur Angleichung der Krankenkassen- beiträge. Ein Wettbewerb über den Beitragssatz würde weiterhin nur um die besten Risiken geführt werden.</p>
<p>zept sieht vor, dass jeder Bürger verpflicht- n Mindestumfang an Leistungen für den abzusichern. Dies tut er bei einem Versi- Wahl.</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen wollen eine Bürgerversicherung. In deren Rahmen werden alle Bürgerinnen und Bürger am Solidarausgleich beteiligt. Die Beitragsbemessungs- basis wird auch auf Vermögens- und Gewinneinkommen ausgeweitet.</p>	<p>Es soll eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversi- cherung eingeführt werden, um eine dauerhafte und so- lide Finanzierung für das Gesundheitssystem und für die Pflege zu gewährleisten sowie einen sozialen, gerechten und solidarischen Ausgleich zu erreichen.</p>
<p></p>	<p>nein</p>	<p>nein</p>
<p>umfang ist in den letzten Jahren im Hinblick er Leistungen immer stärker ausgeweitet zeitig wird er durch stille Rationierung geschränkt. Das nimmt Versicherten die solche Leistungen zusätzlich abzusichern. er und ehrlicher, bei bestimmten Leistungs- überlegen, ob wir uns nicht ein Beispiel an bärischen Nachbarn nehmen sollten."</p>	<p>Der derzeitige Leistungsumfang der GKV ist grundsätzlich angemessen. Die Ausgliederung von Leistungsbereichen wird abgelehnt. Für den Arzneimittelbereich wäre zu er- örtern, Zulassungen nur noch befristet auszusprechen, um Platz für therapeutische Innovationen zu schaffen.</p>	<p>Mit den letzten Gesundheitsreformen ist der Leistungs- umfang der GKV weiter beschnitten worden. Mehr und mehr Leistungen müssen entweder vom Pati- enten ganz oder teilweise bezahlt werden. DIE LINKE will den Leistungskatalog der GKV am medizinischen Bedarf ausrichten und damit umfassenden Schutz garantieren. Brillen und Zahnersatz sollen wieder Sachleistung wer- den.</p>
<p>me von Zuzahlungen</p>	<p>Rücknahme von Zuzahlungen ja ja</p>	<p>Rücknahme von Zuzahlungen ja ja</p>
<p>entlichen Vereinigungen (KVen) haben ent- tu beigetragen, eine gute und flächende- ndheitsversorgung zu sichern. Wer diese n abschaffen will, muss sicherstellen, dass standard auch weiterhin erhalten bleibt. f jeden Fall, dass die Patienten hiervon</p>	<p>Bündnis 90/Die Grünen befürworten den Ausbau von Selektivverträgen. Kollektivverträge behindern den Qualitätswettbewerb zwischen den Krankenkassen und schließen ihn zwischen den Anbietern von Gesundheits- leistungen fast vollständig aus.</p>	<p>Der Sicherstellungsauftrag der Kassenärztlichen Verei- nigungen sollte nicht leichtfertig verspielt werden. Zwar sind strukturelle und organisatorische Mängel in der ärzt- lichen Selbstverwaltung festzustellen, diese lassen sich aber nicht über Einzelverträge mit privaten Vereinen beheben.</p>
<p>icherung ist und bleibt in allererster Linie derjenigen, die die Behandlung durch- venn sie motiviert sind, hohe Qualitäts- recht zu erhalten, werden diesbezügliche erfolgreich sein. Schulungen und Weiter- nahmen sind daneben ebenso wichtig wie nsaustausch über Therapieverfahren und erfolge. Viele Ärzte haben das beispielswei- d sog. Qualitätszirkel gebildet.</p>	<p>Es sind Instrumente für die Messung der Ergebnisqualität aus Patientensicht zu entwickeln. Durch die Bundesregie- rung sind entsprechende Forschungsvorhaben zu fördern. Darüber hinaus muss das Betroffenenwissen insbesondere von chronisch Kranken für die Qualitätsentwicklung genutzt werden. Dazu beitragen könnte neben dem Ausbau der Beteiligungsrechte für Patientenverbände die Anerkennung dieser Organisationen als Vertragspartner für Krankenkassen und Anbieter von Gesundheitsleistungen.</p>	<p>Die LINKE will eine Versorgungsforschung, die durch die Bundesregierung stärker gefördert wird und insbeson- dere auch unter geschlechter- und altersspezifischen Aspekten ausgerichtet sein muss. Der Wettbewerb unter den Krankenkassen ist auf die Qualität der Versorgung aller Bürgerinnen und Bürger und nicht vorwiegend auf die billigste Versorgung auszurichten. Der künstliche Wettbewerb durch die zunehmende finanzielle Unter- deckung ist zurück zu nehmen.</p>
<p>chutzstandards müssen die hochsensiblen n. Das gilt insbesondere auch für die elekt- ndheitskarte, die so lange nicht eingeführt bis solche Standards gewährleistet sind.</p>	<p>Die Befürchtungen von BürgerrechtlerInnen und vielen ÄrztInnen, dass mit der Gesundheitskarte dem Daten- missbrauch Tür und Tor geöffnet wird, müssen sehr ernst genommen werden. Die zentrale Speicherung von so umfangreichen Da- ten birgt ein extrem hohes Risiko. Deshalb darf die Ge- sundheitskarte nur dann eingeführt werden, wenn eine umfangreiche Risikoanalyse durchgeführt wurde. Die Freiwilligkeit der Teilnahme und die Hoheit über die persönliche Daten müssen gewährleistet sein.</p>	<p>Die LINKE will - die elektronische Gesundheitskarte nicht einführen, - das Recht auf informationelle Selbstbestimmung schüt- zen: mit einem Verzicht den Zugriff von Gesundheits- dienstleistern, Pharmafirmen und vor allem Arbeitge- bern auf eine elektronische Krankenakte langfristig aus- schließen, - den kranken Menschen statt den gläsernen Patienten in den Mittelpunkt solidarischer Gesundheitspolitik stellen.</p>

